

## SHORT NEWS

**Zum Tode von Marc Linster**

Als der GréngeSpoun um seine Anerkennung als Presseorgan in einer doch recht festgefühten Luxemburger Medienlandschaft kämpfen musste, war Marc Linster einer der ersten, der dieses Ansinnen in einer an den Premier- und Medienminister gerichteten Petition unterstützte. Auch als Chefredakteur des größten Medienhauses am Platze blickte der Vollblutjournalist nicht von oben auf die KollegInnen der damals noch jungen und vor allem kleinen alternativen Wochenzeitung herab. Die „Sträitkultur“-Debatten, die vom GréngeSpoun Ende der 1990er-Jahre lanciert wurden, konnten nicht zuletzt Dank Marc Linster zusammen mit RTL Radio und mit Radio 100,7, das er knapp anderthalb Jahre leitete, bevor er zu RTL zurück ging, einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Die Zusammenarbeit mit der woxx war auch später ausdrücklich von ihm erwünscht - auch des „anderen Blickwinkels“ willen. Es entwickelten sich Kollaborationen auf verschiedenen Ebenen. Marc Linster war es, der unsere langjährige Mitarbeiterin Danièle Weber dazu überredete, sich nach zehn Jahren Print ins Radiowesen zu stürzen. Dass sie diesen Schritt zum „Mainstream“-Sender wagte, hatte viel mit der Person Marc Linster zu tun. Marc Linster stand nicht für die alte RTL-Garde - er war forscher, engagierter, zeigte echten, journalistischen Sportsgeist und beherrschte diese Disziplin, indem er sich mit dem nötigen Taktgefühl aus eines sehr breit gefächerten Informantenkreises bediente. Viele seiner direkten Kollegen und Kolleginnen haben in Nachrufen und Blogbeiträgen seine professionellen und menschlichen Qualitäten hervorgehoben. Aber auch für das Luxemburger Pressewesen insgesamt war Marc Linster eine Ausnahmeerscheinung, da er seinen Informanten und Zulieferern immer das sichere Gefühl gab, sich allein journalistischen Zielen verschrieben zu haben. Seine stille, aber direkte Art hatte nichts mit der zuweilen angesagten aggressiven Schaumschlägerei zu tun. Gerade für das Medium Radio, das oft dazu verleitet, eher die schnelle, als die richtige Information zu verbreiten, war Marc Linster ein Glücksgriff.

In der Woxx konnte sich der überaus Kulturinteressierte zeitweise auch als schreibender Kommentator austoben. In unseren damals regelmäßig erschienenen Kulturkommentaren kritisierte er unter anderem unter dem Motto „Schein geht vor Sein“ die Tatsache, dass bei der Renovierung des Großen Theaters mehr in die Architektur als in die Bühnentechnik investiert wurde.

Seiner Frau und seinen zwei Kindern gilt unser tiefes Mitgefühl.

**Kinderbetreuung auf dem Vormarsch**

„Betreute Kindheit“ lautet der Titel der 322. Ausgabe des „Forum“, die sich mit der Kinderbetreuung in Luxemburg auseinandersetzt. Durch den Ausbau der Maison relais habe sich die Tagesbetreuung innerhalb kürzester Zeit zu einem Mainstream-Angebot entwickelt, auch sei es mittlerweile normal, dass beide Eltern arbeiten. Fragen, wie die pädagogische Qualität der Einrichtungen gesichert werden kann und welchen Beitrag die Universität Luxemburg hierzu leisten könnte, stehen im Mittelpunkt der Artikel. Manuel Achten, der in seiner früheren Funktion bei der Confédération Caritas mehrere Gemeinden beim Aufbau von Maison relais unterstützt hat, untersucht in seinem Grundsatzartikel „Von der Tagesbetreuung zu non-formaler Bildung“ die Strategie der Regierung für eine grundlegende Verbesserung des Kinderbetreuungssektors. Die historische und sozialpolitische Entwicklung der Tagesbetreuung in Luxemburg zeichnen Yves Oestreicher und Klaus Schneider nach. Ines Kurschat stellt in ihrem Beitrag die Frage nach der (Un)abhängigkeit von Auftragsforschung in Luxemburg. Außerhalb des Dossiers nimmt Daniel Spizzo Stellung zur Reform des Nationalitätengesetzes. Vincent Artuso untersucht die Mittäterschaft der Luxemburger Verwaltung bei den Deportationen jüdischer Bürger, und Bernard Thomas liefert den zweiten Teil seiner Reportage über den Financier Henry J. Leir, der lange Zeit als reichster Mann Luxemburgs galt. Textproben finden sich unter: [www.forum.lu](http://www.forum.lu).

## AKTUELL

BAD GOVERNANCE

**Nichts gelernt aus der „Affäre Liwingen“**

Richard Graf

**Vor gut einem Jahr brachte der Meco den „Geheimbrief“ aus den Vorgängen um die Liwinger Shopping Mall ans Licht der Öffentlichkeit. Jetzt zieht er eine enttäuschte Bilanz.**

Nach der Aufdeckung des im Wahljahr 2009 zwischen hohen Regierungsvertretern und den Bau-Promotoren abgeschlossenen Geheimabkommens ist einiges passiert. Die Minister mussten in einer erstmals öffentlichen Chamberkommissions-Sitzung Rede und Antwort stehen, die Staatsanwaltschaft eröffnete eine „enquête préliminaire“, und auch der Staatsminister kam nicht darum herum, seine Rolle in der Affäre zu erläutern.

Doch eines hat die Umweltgewerkschaft Mouvement Ecologique mit ihrem hartnäckigen Hinterfragen der „non-dits“ um das Projekt Liwingen, das eine privatfinanziertes Fußballstadion und ein großes Einkaufszentrum mitten in einer geschützten Zone vorsah, nicht erreicht: Beerdigt ist das Vorhaben noch immer nicht!

Doch auch wenn die Meco-Verantwortlichen viele der Fragen, die sie vor Jahresfrist stellten, als unbeantwortet betrachten, so nutzten ihre Bilanzpressekonferenz am vergangenen Mittwoch doch vor allem dazu, eine Reihe von Erfordernissen aufzuzeigen, die beachtet werden müssen, wenn in Zukunft Fälle wie Liwingen vermieden werden sollen.

Die erste Forderung ist eigentlich ein alter Hut, wie Meco-Präsidentin Blanche Weber betont: „Es gilt, ähnlich dem ‚freedom of information act‘, endlich den freien Zugang zu Verwaltungsinformationen einzuführen. Im Falle Liwingen hätte eine frühe Offenlegung des negativen Bescheids der staatlichen Landesplanungskommission die Debatte in andere Bahnen gelenkt. So aber kam es zur absurden Situation, dass sogar der damalige Wirtschaftsminister von sich behaupten konnte, keine Kenntnis von einem negativen „avis“ gehabt zu haben.

Ebenfalls überfällig sind deontologische Verhaltensregeln für Politiker und Beamte. Zwar redet die Regierung seit Jahren davon, an einer diesbezüglichen Vorlage zu arbeiten. Ein Verhaltens-Codex für Politiker ist ebenfalls seit längerem in der Chamber in Bearbeitung, und die Regierungsko-

alition hat versprochen, für ihre Mitglieder etwas Ähnliches einzuführen. Für Gemeindebeamte und Mitarbeiter sogenannter „établissements publics“ jedoch scheint es solche Vorbereitungen nicht zu geben. Blanche Weber spricht daher von einer unverantwortlichen Verschleppungstaktik, die akute Fragen, wie eine Definition der Vorteilsnahme oder die Einführung einer „Karenz“-Zeit für Politiker, bevor sie in der Wirtschaft aktiv werden, seit Jahren offen läßt.

**Korruption ahnden können**

Daran schließt eine dritte Forderung des Meco an: Das Luxemburger Strafrecht macht eine Verfolgung von Vorteilsnahme und Korruption fast unmöglich. Anders als etwa in Deutschland, wo selbst der Anschein der Käuflichkeit zu Ermittlungen führt, müssen hierzulande Beweise vorliegen, die bestimmte Zahlungen oder sonstige „Geschenke“ zweifelsfrei der fraglichen Einzelentscheidung zuordnen.

Wo aber alle solche vorbeugenden Maßnahmen nicht greifen, muss die Aufklärung von Fehlleistungen der öffentlichen Hand verbessert werden. Auch das lehrt die Affäre Liwingen. Pol Polfer, Méco-Vize, bedauert zum Beispiel, dass es nicht zu einer parlamentarischen Enquete-Kommission gekommen ist, die zwar nicht die juristischen, wohl aber die politischen Fehler in dieser Angelegenheit hätte beleuchten können. Doch anders als etwa in Deutschland, wo ein Viertel der Abgeordneten einen Untersuchungsausschuss einsetzen kann, ist in Luxemburg eine Mehrheit erforderlich. Damit haben die Regierungsparteien die Macht, sich jeglicher Kontrolle zu entziehen.

Um die allgemeine „Governance“ unseres Landes zu verbessern, verlangt der Meco mehr Seriosität bei der Planung von Projekten. Beratende Gremien sollten zu regulären Mitbeteiligten aufgewertet und ihre Stellungnahmen offengelegt werden. Allerdings darf die Transparenz nicht an den Toren der privaten Unternehmen haltmachen. Nur die wenigsten Luxemburger Betriebe werden von öffentlich anerkannten Revisoren überprüft. Eine Lösung wäre, öffentliche Aufträge nur noch an Gesellschaften zu vergeben, die sich überprüfen lassen.